

Die Freiheit\* erscheint morgens und nachmittags, Dienstage und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Provinz 12,- M. ...

Die abendliche Konversationsbeilage über deren Raum kostet 5,- M. ...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Günstige Friedensausichten in Riga

### Unterzeichnung des Präliminarfriedens und des Waffenstillstandes am 8. Oktober

(Eigene Drahtmeldung der Freiheit.) Riga, 5. Oktober

Folgender Akt wurde heute, am 5. Oktober, von Joffe und Domschi unterzeichnet:

Unter Vorsitz der russisch-ukrainischen Friedensdelegation wurde in der Sitzung vom 5. Oktober beschlossen: Angesichts der erreichten Übereinstimmung in der Konferenz der beiderseitigen Vorsitzenden in der Frage des Präliminarfriedens und des Waffenstillstandes, den Akt über den Präliminarfrieden und den Waffenstillstand zwischen Rußland und

Ukraine einerseits und Polen andererseits nicht später, als Freitag, den 8. Oktober, zu unterzeichnen.

Damit bestätigt sich eine vom Warschauer sozialistischen Blatt „Robotnik“ gebrachte Meldung, daß der Friede nahe bevorstehe. Von den Polen war versucht worden, die ostgalizische Frage als Kell in die Verhandlungen zu werfen. Aber durch die Erklärung Joffes und des Zentral-Exekutivkomitees in Moskau über die Anerkennung der völligen Unabhängigkeit Ostgaliziens ist auch dieser Stein aus dem Wege geräumt. Rußland ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen, um den Frieden im Osten endlich herzustellen und es ist dringend zu hoffen, daß nach Waffenstillstand und Präliminarfrieden der endgültige Friedenszustand möglichst rasch eintritt.

## Wirtschaftsnot und Sozialismus

Die Geschäftsordnungsdebatte, die nach der Eröffnungssprache Grafmanns auf dem Betriebsrätekonferenz einsetzte, spitzte sich zu auf die Forderung, zu allen Tagesordnungspunkten Korreferenten zu stellen. Die Mehrheit des Kongresses wehrt sich durch lebhaftes Kundgebungen des Unwillens gegen diese Verzögerung und lehnt nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte den Antrag auf Einsetzung von Korreferenten mit harter Mehrheit ab. Aber die Opposition kämpft weiter. Sie fordert durch einen weiteren Antrag zur Geschäftsordnung, daß nur gewählte Delegierte zur Diskussion zugelassen werden. Auch dieser Antrag wird mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Die Opposition geht nun „den letzten Weg“, wie sich ihr Redner ausdrückt, und fordert für den ersten, von der Opposition bestimmten Redner eine Redezeit von einer halben Stunde. Diesen Vorschlag hatte das Bureau bereits selbst gemacht und es soll so verfahren werden. Ein von der „kommunistischen Fraktion“ gestellter Antrag, die in Deutschland anwesende Abordnung russischer Gewerkschaften zum Kongreß einzuladen, wird einstimmig unter Beifall angenommen. Der Kongreß fordert ferner durch Annahme eines weiteren Antrages die Einreiseerlaubnis der nach im Hamburger Hafen festgehaltenen russischen Gewerkschaftsdelegierten.

Wissell beginnt sein Referat, zu dem nun der Kongreß kommt, mit der Bemerkung, er stehe nicht vor dem Kongreß als Vertreter einer parteipolitischen Richtung, sondern er will nur Tatsächliches darstellen mit aller Objektivität, die dem einzelnen Betrachter gegeben ist. Mit pastoraler Feierlichkeit schildert er die Not in Küche, Kammer und Kohlenkeller. Uns fehlt der Ueberfluß der verlorenen agrarischen Produktionskräfte. Der Ertrag des Bodens ist stark gesunken. Die schlimme Lage bedingt Einführung von Lebensmitteln zur Deckung des nackten Lebens in ungewöhnlichen Mengen. Auch die Kraftnot der Industrie erfordert die Einfuhr großer Rohstoffmengen. Wissell schildert Einfuhr und eigene Förderung von Erzen vor dem Kriege in detaillierten Darlegungen und der Kongreß folgt aufmerksam seinen Reden. Jetzt sind wir auch darin arm. Wir müssen das Erz vom Ausland beziehen und bezahlen. Wir leben auf Kredit und bezahlen mit Arbeit, die noch nicht getan ist. Dabei sind die technischen Mittel der Industrie und die Arbeitskräfte ruiniert durch den Krieg. Die deutsche Wirtschaft ist vollends zusammengebrochen. Mit so schwächster Kraft sollen wir arbeiten, um unser Leben zu fristen. Wir haben keinen Kredit im Ausland mehr, dafür aber große Verpflichtungen infolge des Friedensvertrages.

Ein graues Bild, ein Bild der Not, der Armut und der Ohnmacht ist es, was Wissell vor dem Kongreß aufrollt. Wir brauchen mehr an Einfuhr als vor dem Kriege und können nicht die Hälfte davon bezahlen oder auf Kredit beziehen, folgert der Referent. Darum müsse man sich fragen, ob die jetzt bestehende Wirtschaftsform geeignet sei, uns aus dieser Wüste herauszuführen. Der Kongreß folgt gespannt und erwartet nun die Lösung. Wissell kritisiert die planlose Einfuhr im letzten Jahre und findet, daß dieses planlose Kaufen der Grund für die hohen Preise ist. So wirkt die kapitalistische Wirtschaftsform, die nach dem Grundgesetz voller Freiheit der Spekulation arbeitet. Diese Spekulation aber werfen dem Arbeiter die hohen Löhne vor. Dabei ist trotz niedriger Löhne und billiger Rohstoffe — verglichen mit den Weltlöhnen und Weltmarktpreisen — die deutsche Wirtschaft nicht konkurrenzfähig. Das kann nur an einem organischen Fehler in der Wirtschaft liegen. Sie muß planmäßig, nach gemeinwirtschaftlichen Grundgesetzen, geregelt werden. Die heutige Wirtschaft ist unfähig, die Probleme zu lösen, die der Krieg erzeugt hat. Neue Formen sind nötig, die anzugeben der Redner dem zweiten Referenten überläßt.

„Nur Arbeit kann uns retten“, ein Wort, dem der Arbeiter freudig mißtrauen gegenübersteht. Dieses Mißtrauen wird heute gerechtfertigt dadurch, daß die Unternehmer rücksichtslos ihre Betriebe schließen und damit die Produktion unmöglich machen. Das sprach Wissell gestern aus. Die Arbeiter aber werden nicht verstanden haben, daß es keine politische Forderung waren, die einst, als sie an der Regierungsverantwortung teilhaben wollten, ihnen demagogisch Wort und Tat geschickt zu ihrer Parole gemacht, die die Arbeiter selbst mit Gewalt in die Betriebe gezwungen haben — zu einer Zeit, da die Arbeiterklasse noch machtlos genug dastand, um das Unternehmertum auf andere Wege zu drängen.

Nach der Mittagspause verliest Borsowitsch zunächst eine Rede, in der er Wesen, Wollen und Aufbau der russischen

## Elektrizitätsarbeiterstreik in Moabit

Am Dienstag nachmittag ist in Berlin ganz unerwartet ein Streik der Elektrizitätsarbeiter des Werkes Moabit ausgebrochen, der sowohl einen Teil des Straßenbahnverkehrs unterbrach, als auch eine Reihe von gewerblichen Betrieben in Mitleidenschaft gezogen hat. Der Streik geht aus von den Heizern des Elektrizitätswerks Moabit. Von der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke Berlin wird über die Gründe des Streiks folgendes mitgeteilt:

Seit längerer Zeit, etwa einer Woche, wird mit den Heizern wegen Herabsetzung der Arbeitszeit verhandelt. Die Heizer erklären, daß sie bei der schlechten Qualität der gelieferten Kohle die achtstündige Arbeitszeit nicht aushalten können. Die Direktion erklärte sich bereit, die Arbeitszeit auf 7 Stunden herabzusetzen. Damit waren aber die Heizer nicht zufrieden, die den sechsständigen Arbeitstag verlangten. Am Dienstag nachmittag 3 Uhr legten sie plötzlich ohne vorherige Ankündigung die Arbeit nieder und verließen den Betrieb.

Ueber die Gründe des Streiks, der sich auch auf andere Elektrizitätswerke ausgebreitet haben soll, laufen natürlich die verschiedensten Gerüchte in der Stadt herum. Eine Lokalkorrespondenz behauptet, daß sie letzten Endes in politischen Ursachen zu suchen seien. Es hätten nämlich am Dienstag bereits Verhandlungen zwischen Elektrizitätsarbeitern und Straßenbahnern stattgefunden, um die letzteren zur Solidarität zu verpflichten. Auch zwischen den Arbeitern der einzelnen Kraftwerke hätten Besprechungen stattgefunden, die Heizer des Kraftwerkes Rummelsburg erklärten sich ohne weiteres zur Solidarität bereit. Wie die genannte Korrespondenz weiter hört, werden am Mittwoch vormittag im Rathaus Besprechungen mit den Streikenden und Beauftragten des Verbandes der Heizer und Maschinenisten stattfinden, von deren Ausgang es abhängen wird, ob Berlin noch länger ohne Licht und Kraft bleibt.

Die reaktionäre Presse hat dieses Stichwort natürlich sofort benutzt, um das ganze Bürgertum gegen die gesamte Arbeiterschaft mobil zu machen. Die „Deutsche Zeitung“ bringt die Meldung mit riesigen Lettern unter der alarmierenden Überschrift „Räteherrschaft in Berlin; Machtprobe der Betriebsräte!“ und hebt gegen die gesamte Arbeiterschaft. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt bereits zwischen dem Streik der Versicherungsangestellten, dem Streik der Zeitungsangestellten, sowie dem Streik der Elektrizitäts-

arbeiter innere Zusammenhänge entdecken zu können und spricht die Hoffnung aus, daß die „Technische Nothilfe“ ohne Verzug eingreifen wird.

„um diesen lebenswichtigen Betrieb so rasch als möglich wieder in Gang zu bringen; denn es geht wahrhaftig nicht an, daß der Wille einer kleinen Anzahl Personen die Bevölkerung Berlins auf diese Weise schädigt.“

Das Blatt betont ferner, daß es den Anschein hat, „als ob diese neuerliche Streikbewegung, im Zusammenhang mit dem Kampf um den Berliner Magistrat und mit den augenblicklichen Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und Kommunisten, nicht ohne einen politischen Hintergrund ist. Es scheint, als ob gewisse radikale Agitationszentren wieder einmal die Gelegenheit für gekommen erachten, um die Atmosphäre für eine neue Welle der Unruhe zu schaffen. Wir möchten alle, die es angeht, dringend davor warnen, sich zu unüberlegten Schritten verleiten zu lassen. Auf eine Sympathie der demokratisch gesinnten Kreise haben sie dabei nicht zu rechnen. Jeder neue Versuch, daß politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands zu erschüttern, würde auch nur allen reaktionären Elementen die gewünschte Gelegenheit geben, sich „als Retter des Vaterlandes“ berechtigt zu machen.“

Alle Angaben über den Zusammenhang dieses Streiks mit der Frage Groß-Berlin sind unklar. Die Ursachen und der Zweck dieses Streiks der Elektrizitätsarbeiter sind rein wirtschaftlicher Art.

Anmerkung der Redaktion: Infolge der auch für uns ganz überraschend gelassenen Einstellung der elektrischen Kraft und Licht ist die technische Fertigstellung unserer Blätter verhindert worden. Bis kurz nach 10 Uhr hatten wir belästigt, sodas wir glauben durften, insbesondere, da andere Blätter bereits zu wesentlichen späterer Zeit Mangel an Kraft und Licht hatten, daß wir von ihrer Einstellung nicht betroffen würden. Gegen 10<sup>1/2</sup> Uhr aber versagte plötzlich in unserem ganzen Gebäude das Licht und auch die Kraftzufuhr hörte auf. Wir waren daher nicht in der Lage, das Blatt drucken zu lassen.

Die heutige Nummer konnte daher nicht in unserer eigenen Druckerei hergestellt werden und enthält, infolge der Unmöglichkeit, neue Meldungen in größerer Zahl setzen zu lassen, im wesentlichen nur die bereits am Dienstag abend vorliegenden Nachrichten. Wegen des Stillstandes der Setzmaschinen konnten auch nicht alle Druckfehler beseitigt werden.

Metallarbeiterstreik in Spanien. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft von Bilbao beschloß den Generalstreik. 35.000 Arbeiter feiern alle Fabriken und Metallschmelzen stehen still. Es arbeiten nur die zur Instandhaltung der Hochöfen unentbehrlichen Arbeiter. Es herrscht Ruhe.



Gewerkschaften darlegt. Er meint damit, daß die russische Revolution und ihr Erfolg abhängt von der Revolution in den westeuropäischen Ländern. Aufhäuser erklärt ihm, daß es bisher nicht üblich war, Begrüßungsreden zu benutzen, um die Organisationen, die Träger des Kongresses sind, anzugreifen, wie Rosowski es getan hat. Unter großem Beifall des Kongresses und lebhaftem Händeklatschen verwehrt sich Aufhäuser dagegen, daß die darauf nicht vorbereitete Tagung benutzt wird zu einer zerstörenden Propaganda gegen die Amsterdamer Internationale und die ihr angeschlossene deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Dann erhält Hilferding das Wort. Er beginnt mit einer kurzgefaßten Kritik der Koalitionspolitik der Rechtssozialisten, die zur Folge hatte, daß auch der ökonomischen Politik der Arbeiterklasse das Rückgrat gebrochen wurde. Damals wurde alles versäumt und nichts getan, was die Umstellung der Wirtschaft in sozialistische Bahnen hätte anbahnen können. Wie hat sich nun die Klassenlage der Arbeiterklasse auf der einen, die ökonomische Stellung des Unternehmertums auf der anderen Seite entwickelt? Die seit der Revolution stark verschlechterte Lage der Arbeiterklasse ist zum guten Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen, die durch eine Steuerpolitik verursacht wurde, die nicht den Nut hatte, die Staatsausgaben durch große Besitzsteuern zu decken. Diese Politik ist die Ursache einer wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse. Hier liegt auch der Ursprung der letzten Wirtschaftskrise, die das Elend der Arbeiterklasse vollendet. Diese Entwicklung hat auf der anderen Seite die Profite ständig erhöht und die Macht der Kapitalistenklasse befestigt. In außerordentlich wertvollen Darlegungen bespricht der Redner die Zusammenhänge zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft. Die bürgerliche Ordnung denkt die völlige Zerrüttung der Staatswirtschaft wettzumachen durch immer neue Opfer, die sie der Arbeiterklasse auferlegt. Ein fehlerhafter Zirkel, aus dem wir nur herauskommen durch die sozialistische Wirtschaft. Das Ziel ist nicht das Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen mit den Kapitalisten in irgendwelchen Körperschaften, sondern die demokratisch organisierte Wirtschaftsordnung unter Ausschaltung der Besitzenden. Aufheben müssen wir den Profit und die Verfügung der Kapitalisten über die Produktion. Da hilft kein Basteln, da helfen nicht kleine Veruche, die kapitalistischen Preisgeheke aufzuheben. Diese halben Maßnahmen vermögen das Chaos der Wirtschaft nur zu steigern. Solche Dinge sollen durchgekehrt werden mit dem System der paritätischen Körperschaften. Gegen sie wendet sich Hilferding in scharfen Worten und klaren überzeugenden Darlegungen. Parität ist es, daß ein Unternehmer soviel Einfluß auf die Produktion hat, wie tausend und mehr Arbeiter. Wo ist da die Demokratie? Parität ist die Macht der Unternehmer. Aber diese Körperschaften einer mysteriösen „Planwirtschaft“ haben mit Sozialisierung nichts zu tun.

Sozialismus ist eine Machfrage. Seine Durchsetzung hängt nicht nur ab von der Macht und dem Willen der Arbeiterklasse, sondern auch von der Stärke des Widerstandes der nichtsozialistischen Schichten. Wir müssen daher das Tempo der Sozialisierung einstellen nach der genauen Abschätzung dieser Kräfte und Gegenkräfte. Wir werden trotzdem eine sozialistische Produktion durchsetzen, die auch eine Steigerung der Erzeugung zur Folge hat, denn diese müssen wir erreichen. Wir müssen sie erreichen durch Organisationen, die die gesellschaftliche Arbeit des Arbeitsprozesses nicht nur erhalten, sondern erweitern und dadurch, daß das lebendige Interesse aller wirklich Produzierenden an der Wirtschaft geweckt wird.

Demnächst steht die Entscheidung über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft bevor. Hier muß die ganze Kraft der Arbeiterklasse eingesetzt werden für den Vorschlag der Sozialisationskommission, der die Vollsozialisierung will, als ersten Schritt zur Ver gesellschaftlichung der Produktion. Dabei haben die Gewerkschaften eine große Aufgabe zu erfüllen, was ihr indes nur gelingen kann, wenn der Machtwille der ganzen Arbeiterklasse hinter ihm steht. Dazu muß sich die Gewerkschaftsbewegung stärker mit sozialistischem Geist erfüllen, und andere Kämpfe stehen bevor. Wir müssen darum das Proletariat zusammenfassen, indem wir es vorpraktisch

rische Aufgaben stellt, die das gesamte Proletariat lösen muß.

Während Bissells Rede dem Gemaher täuschend ähnlich sah, das deutsche Regierungen anzustimmen pflegen, wenn sie bei der Entente um gut Wetter bitten, führte Hilferding den Kongreß aus diesen Niederungen heraus und zeigte ihm mit wuchtigen Argumenten und kraftvoller Sprache das große Ziel des Sozialismus auf ökonomischem Gebiet.

## An die Parteitage delegierten! Für die Einheit der Partei!

Die Spaltung unserer Partei droht! Wird die bedingungslose Annahme der 21 Moskauer Bedingungen vom Parteitag beschlossen oder abgelehnt, in jedem dieser beiden Fälle zersplittert die Partei und die revolutionäre sozialistische Bewegung wird geschwächt.

Schon triumphiert das Bürgertum. Ein Alp ist von ihm genommen!

Vor dem Entscheidungskampf zerschleht sich die Arbeiterklasse, statt geschlossen gegen die Bourgeoisie zu marschieren.

Auch wir, die wir uns nicht mit jeder der 21 Bedingungen einverstanden erklären können, wollen den Anschluß an Moskau. Wir wollen aber auch die Erhaltung der geschlossenen Millionenpartei, die sich im schweren Kampfe gebildet hat. Wir wollen die ganze Partei möglichst geschlossen der dritten Internationale zuführen. Denn wer die Internationale will, muß sie stark wollen. Je stärker die einzelnen Parteien, desto stärker die Internationale. Desto schneller kann die Diktatur des Proletariats erreicht und das Proletariat aller Länder aus den Fesseln des Kapitalismus befreit werden.

Wir wollen den Anschluß an die dritte Internationale schon vor dem Parteitag in Leipzig. Wir kämpfen für den Anschluß auf diesem Parteitag und nach dem Parteitag. Dann kamen die Bedingungen! Runmehr haben wir, daß bei bedingungsloser Annahme, wie bei Ablehnung der Bedingungen durch den Parteitag die Partei gespalten wird. Und das wollen wir im Interesse der revolutionären Aktion verhindern.

Darum schlagen wir folgenden Ausweg vor:

Erklären wir uns in Halle grundsätzlich zum Anschluß an die dritte Internationale bereit, aber unter Bedingungen, durch welche die Autonomie der Partei gewahrt wird. Schaffen wir zunächst selbst eine zentralistisch organisierte Kampfpartei!

Wenn wir so verfahren, dann ist der dritten Internationale gegeben, was sie verlangen muß und der U. S. P. D. nicht genommen, was sie behalten muß.

Wir, die wir von jeher zu den Vorkämpfern des Anschlusses an die dritte Internationale gehörten, wollen auf dem Parteitag dafür eintreten, daß dieser Ausweg beschritten wird, und wir bitten die Delegierten, die sich eine solchen Vorgehen anschließen wollen, dies sofort dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, Reichstag, mitzuteilen.

Stimmen wir uns gegen die Parteizerspaltung! Ketten wir die Partei, denn damit fördern und stärken wir die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Mit Parteigruß!

Knauf-Gera, Kunert-Berlin, Löwenstein-Charlottenburg, Obuch-Düsseldorf, Rosenfeld-Berlin, Scholz-Erfurt, Rathilde-Burm-Berlin.

## Die Rumpfkongferenz in Württemberg

Ueber den weiteren Verlauf der Landeskonferenz der U. S. P. D. Württembergs, nach dem die Minderheit den Saal verlassen hatte, berichtet die „unabhängige Zeitungsdiens“: Nach dem Referate Stöckers und erfolgter Debatte wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 2. und 3. Oktober im Schwabenbräu zu Cannstatt tagende Landesversammlung der U. S. P. Württembergs erkennt aus dem Verlauf der ökonomischen und historischen Entwicklung Europas die Notwendigkeit des unmittelbaren Zusammenschlusses der sozialrevolutionären Klassenparteien des Proletariats an. Nach dem Zerfall der zweiten Internationale

in die dritte Internationale die einzig revolutionäre Internationale. Die Landesversammlung fordert deshalb vom Parteitag den Anschluß an die dritte Internationale unter Anerkennung der Grundzüge und Bedingungen des zweiten Kongresses der dritten Internationale.“

Im weiteren wurde eine „Erklärung“ einstimmig beschlossen, in der das Bedauern ausgesprochen wurde, daß die Minderheit die Konferenz verlassen hat und betont wird, die Minderheit müsse sich den Mehrheitsbeschlüssen fügen. Ein Antrag Böttcher begrüßt den Beschluß des Moskauer Exekutivkomitees wegen der Entsendung zweier Exekutivmitglieder nach Halle und fordert das Zentralkomitee auf, die Einreiseerlaubnis zu erwirken.

In einer vierten Entschließung wird gefordert, daß das Organ der U. S. P. D., der „Sozialdemokrat“, prinzipiell und faktisch im Sinne des Mehrheitswillens, der Anschlußbefürworter, redigiert und von dem neugewählten Landesvorstand und der Pressemmission die Haltung in diesem Sinne überwacht und gegebenenfalls in entsprechender Weise eingegriffen wird.

## Das Zentralkomitee zu den Vorgängen in Württemberg

Das Zentralkomitee hat heute dem Landessekretariat Württemberg folgendes Telegramm überandt:

„Zentralkomitee der U. S. P. D. erkennt die Neuwahlen der Rumpflandesversammlung im Schwabenbräu zum Landesvorstand nicht als rechtmäßig erfolgt an. Für uns kommt nur alter Landesvorstand in Betracht. Zentralkomitee.“

## Die erfrischende Klarheit

Der Schlusssatz „Sozialdemokrat“, als dessen verantwortlicher Redakteur jetzt wieder Paul Böttcher zeichnet, begrüßt die Spaltung auf der Landesversammlung mit folgenden Worten:

„Mit erfrischender Klarheit ist auf der Landesversammlung der U. S. P. Württembergs die Scheidung zwischen dem opportunistischen und revolutionären Flügel der Partei erfolgt. Was sich bisher im jähren Ringen im inneren Parteikörper abspielte, ist auf der Landeskonferenz gelöst worden. Die Krise der U. S. P. Württembergs ist vorüber. Der Nachdunkel weniger Parteiführer ist zerschmettert am festen Willen der überwiegenden Mehrheit der Genossen des Landes. Eine kleine Minderheit glaubte ihren Herrschaftswillen durchsetzen zu können, gegenüber dem Willen der Mitglieder zum Selbstbestimmungsrecht. Die Gegner der angeblichen Diktatur von Moskau sind ihren eigenen Diktaturgelüsten erlegen.“

Im Gegensatz dazu heißt es in einem Aufruf des neuen Landesvorstandes:

„44 der anwesenden Delegierten haben bedauerlicherweise auf die Aufforderung des ehemaligen Landesvorstandes die Landesversammlung verlassen, um in einer privaten Zusammenkunft sich über Parteianglegenheiten zu unterhalten. Dieser organisierte und wohl vorbereitete Streikversuch des an seinem Amte lebenden ehemaligen Landesvorstandes, unter Aufsicht des Parteivorstandes, ist schmachvoll gescheitert. Unsere Organisation hat sich als ein fester Bau von ehernem Gefüge erwiesen, der sich nicht durch Diktaturgelüste sprengen läßt.“

Von Bedeutung ist auch die Tatsache, daß der Artikel des „Sozialdemokrat“ nicht einmal die Tatsache erwähnt, daß die Landesversammlung die Verhältniswahl zur Urwahl beibehalten hat, obwohl dieser Beschluß den Gegensatz auf der Konferenz gewaltig verstärkt hatte.

## Die Urwahl im Reich

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)  
Eberfeld, 5. Oktober.

Bei der Urwahl zum Parteitag in Halle erhielten die Gegner der Bedingungen 4 Mandate, die Befürworter 2 Mandate.

In (Hagen) Westfalen) wurden bei der Abstimmung 609 Stimmen für und 467 Stimmen gegen die Bedingungen abgegeben. — In München erhielten die Befürworter der Bedingungen 2089 Stimmen, die Gegner 817 Stimmen.

## Gegen das Moskauer Diktat

Karlsbad, 5. Oktober

Auf dem Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei gab Maxon nach einer Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen namens 380 000 Angehörigen die Erklärung ab, daß diese den Anschluß an die dritte Internationale entschieden verweigern.

Deutschland hat die Spaabedingungen erfüllt. Herbeite schreibt in „Temps“: Deutschland hat jetzt die in Spaa übernommenen Verpflichtungen erfüllt.

## Zehn Prozent

Von Ignaz Wrobel.

Jeden Sonnabend hat die der Mann mit der Röhre die kleine gelbe Lohnliste gegeben und du hast dir die zwei blauen Scheine herausgenommen und noch das übrige kleine Geld gezählt, was drin war. Es langte nicht weit, denn wenn du damit nach Hause kamst, bekam die Frau das meiste, und dir blieb nicht allzu viel. Es ist noch weniger geworden.

Jetzt fehlen ein paar Scheine. Und wenn du auf dem Nachhauseweg nachrechnest, so merkst du auf Heller und Pfennig was fehlt. Zehn Prozent.

Und während du die lange Straße mit den trüben Laternen und dem fahlen Himmel darüber heruntergehst, zur Bahn, überlegst du dir langsam, was wohl mit den Scheinen da, mit dem Geld, das man dir abgezogen hat, geschieht.

Die Gelder werden wohl zusammengerechnet, die abgeknappten Scheine von dir und deinen Kameraden, und durch irgendeine Berechnung wird das Ganze dem Staat überwiesen. Nun hat es der Steuerfiskus. Und was macht der damit?

Er bezahlt seine Beamten. Er bezahlt seine Soldaten. Und er hat viele Beamte und Soldaten.

Nichts gegen die einzelnen Menschen, die da der Staat angehehlt hat. Die haben auch Frau und Kinder und müssen leben. Und leben mitunter recht karglich.

Aber wen bezahlt er alles davon! Er bezahlt den Fünfmilitaristen-Staat des Reichswehrministeriums, er bezahlt die unzähligen Abwicklungsstellen, die Orden verleihen und auch sonst noch große Reichtümer, er bezahlt Organisationen und Organisationen. . . . Wie kommt das?

Deutschland hat einen Ueberfluß von sogenannten gebildeten Menschen, bei denen es zu einer wirklichen nährbringenden Arbeit nicht langt und die deshalb darauf angewiesen sind, etwas zu tun, was so aussieht, wie wirkliche Arbeit: zu organisieren. Es ist für einen einträglichen fixen Kerl eine Kleinigkeit, eine neue Reichsstelle ins Leben zu rufen. Wir wissen doch alle, wie das gemacht wird.

Ein Minister hat einen Freund bei der Regierung, der Regierungsrat ist, und der bemüht sich nun, seinen Corpsbrüder unterzubringen. Ganz einfach ist das nicht, aber schließlich gelingt es, nachdem man den besonnenen maßgebenden Stellen klargemacht

hat, es sei unbedingt nötig, eine Zentralstelle zur Erforschung der Wasserlosetts in Süd-Uruguay zu begründen. Geschicht. Krach mit dem Finanzministerium, wegen der Höhe der Beamtenzahl. Einigung: die Hälfte (genau die Hälfte zu viel). Die Bureaukratie wird auf Kosten von privaten Wohnungsuchenden gelöst, und dann geht es los: Beamtenapparat, Registratur, Sekretäre, Assesoren, wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Tippdamen, Nachsportiers und an der Spitze jener, der es alles unter sich hat.

Das bezahlt der Staat nun von deinen Steuern. Und für die sechs Stunden Bureauarbeit, die zu drei Viertel der Krach mit der Konfurrenzstelle ausfüllt, werden die Leute ganz gut bezahlt.

Von deinen paar Lappen zahlt er die „Propaganda“. Ich weiß nicht genau, was das ist, aber jeder zweite Mensch in Deutschland macht heutzutage Propaganda. Weil die Engländer sich bei einer klugen Sache der Propaganda bedienen, glauben diese Hohlköpfe, die Propaganda genüge, und auf die kluge Sache läme es nicht an. Und nun machen sie eine Wirtschaft mit Pressestellen und Flugblättern und Heften, die kein Mensch liest, und mit Plakaten. . . . Sie stehen sich ganz gut dabei. Es gibt zum Beispiel eine Zentrale für Heimadbiens; was die macht, weiß kein Mensch. Propaganda? Macht lieber eine deutsche Propaganda in Amerika.

Was der Staat alles von deinen zehn Prozent bezahlt! Er bezahlt den Bundesstaatsanflug. Diese entsehlliche Sucht aller deutschen politischen Statbrüder, selber, selber, selber Regierungsmänner zu spielen, ohne es je zu sein. Es gibt zum Beispiel einen dreihüchlichen Gesandten in Dresden. Da sitzt nun der arme Mann unter diesem unsozialisierten Indianerstamm der Sachsen, mitten in Feindesland, und vertritt die Interessen seines kleinen Heimatstaates. Auf seinem Palais flattert stolz die preußische Fahne, und ob er nachts die Tore der Gesandtschaft verammelt, weiß ich nicht. Ist das nicht eine ganz nutzlose, unfruchtbar, leere Arbeit, die der Mann da leistet? (Nebenbei heißt dieser Pensionatsklown von Berger und war früher einmal Staatskommissar in . . . . . lichen Ordnung, die jetzt kein Gefinnungsgefesne Weismann, spielend in des Wortes wahrster Bedeutung, hütet.) Das ist zum Beispiel so ein typischer Fall der Unterbringung: der Mann wußte damals nach dem Kapp-Putsch entfernt werden — aber nur von seinem damaligen Posten. Berger vergeht nicht.

Was der Staat alles so von deinen Steuern bezahlt! Auf jeden Kommunisten in Deutschland kommen rund zwei Generalmajore, vier Pferde, ein Raschmengenwehr, 19 Oberleutnants und 62 altdienende Unteroffiziere, die treu auf dem auswechselbaren

Boden der Regierung stehen. Von den vielen Wehren zu schweigen, den Flurhüchigen, den Selbstschußwehren, den Stranddetachements — was ist das alles?

Das ist die ausgezeichnete Organisation einer im Kriege schwer blamierten Minderheit, die die alten Formen und damit den alten Geist zu wahren versucht. Es ist ihr gelungen. Es ist ihr so gelungen, daß diese alten Offizierkorps, diese neuen Verbände und all das Geschmeiß bewaffneter Militaristen heute so groß dastehen wie je und das mit finanzieller Unterstützung der Regierung. Von deinen Steuergroschen.

Das Finanzministerium hat jetzt die Vollmacht erhalten, Kommissionen zur Prüfung der Notwendigkeit von „Amtsstellen“ auszuscheiden. Seidst wird lachen, Gescher wird stramm stehen und die Finanzkommissionen werden mit hangendem Hofenboden abziehen. Wer registriert bei uns? Der Soldat.

Du zerbrichst dir deinen Kopf, wie du fiatt wie sonst mit 900 Mark nun mit 810 M. auskommen sollst. Mutter ringt die Hände: Anton braucht neue Stiefel, und Ernas Henden gehen nun aber wirklich nicht mehr. Früher bist du regelmäßig ins Theater gegangen und du erinnerst dich noch sehr genau, daß du anfingst, dir ein paar gute wissenschaftliche Bücher hinzustellen. Es war garnicht so teuer. . . . Dann kam die große Zeit. —

Und keiner, der sie herausbeschworen hat, und keiner, der in vier Jahren das Maul so voll genommen hatte von der schweren Verantwortung, die er trüge — keiner von denen ist heute zurückgekehrt. Dem Greis in Amerongen haben sie sein Geld über die Grenze geschoben, Lubendorf verdient so viel wie ein Kinoshaupieler. Tirpich weilt im Hochgebirge zur Raab, Karlchen Hefferich läßt in einem bequemen Lederfauteuil des Reichstags die Hände durch seine abtühenden Ohren scheinen — sie leben alle, alle noch! Wer ist geschädigt, ruiniert, zerstranft, heruntergebracht, kaputtgeschlagen?

Du. Und du hast nur einen Wunsch, nur einen. Deine Lust zum Steuergelächern wächst täglich. Mit offenen Händen bringst du dem Staat das deine dar, deinen Lohn als Abzahlung für fremde Sünden. Aber größer als deine Freude an diesem Staatswejen ist dein Wunsch:

Einmal denen da alles zu vergeßen, was sie angerichtet haben. An dir und am Lande. Alles? Es genügen dir und uns zehn Prozent.



# Erster Betriebsräte-Kongress Deutschlands

Am Dienstag vormittag 10 Uhr begann die Tagung des ersten Betriebsräte-Kongresses Deutschlands in der Neuen Welt in der Sahelstraße zu Berlin. Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Grahmann**, eröffnete im Namen des geschäftsführenden Ausschusses der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der 10 1/2 Uhr den Kongress. Er begrüßte die erschienenen Delegierten, die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, sowie alle sonstigen erschienenen in- und ausländischen Gäste. Als Vertreter des Reichsanstalters ist der Staatssekretär Albert erschienen. Das Reichsarbeitsministerium hat die Herren Dr. Feig und Dr. Hlatow entsandt. Für das preussische Staatsministerium ist Göhre und für das preussische Kultusministerium Wolde erschienen. Die Stadt Berlin hat ihren zweiten Bürgermeister Dr. Reiche entsandt. Als Vertreter der schwedischen Regierung ist Janzon erschienen. Norwegen hat einen, Georgien zwei Vertreter entsandt. Der Schweizer Metallarbeiterverband ist durch Kopp vertreten. Die österreichischen Gewerkschaften haben ebenfalls drei Vertreter entsandt.

Grahmann teilt mit, daß sich die Zahl der anwesenden Delegierten, die mit beschließender Stimme an dem Kongress teilnehmen, noch nicht feststellen ließe. Neben den Delegierten ist eine größere Zahl von Vertretern der deutschen Gewerkschaften mit beratender Stimme zugelassen. Grahmann betont, daß er gleich der Auffassung entgegenstehe möchte, daß die Gewerkschaftsvertreter den Kongress beeinflussen wollen.

Grahmann ging dann ausführlich auf das Arbeitsgebiet, welches der Tagung des Kongresses gestellt ist, ein. In erster Linie müsse beachtet werden, daß das Bestreben der organisierten Arbeiterschaft darauf gerichtet sei, mit bestimmender Faktor im Produktionsprozess zu sein, wenn die Freude am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht getrübt werden soll. Die höhere Entwicklung des Proletariats bedingt eine größere Beteiligung an der Gestaltung des Produktionsprozesses. Dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß die kapitalistische Willkür bei Besetzung des Arbeitsplatzes ausgeschaltet wird. Wenn die Gewerkschaften nur zum geringen Teil ihre Ziele verwirklichen könnten, so muß beachtet werden, daß neben dem Kampf mit dem Unternehmertum auch ein Kampf mit den wirtschaftsfriedlichen Organisationen zu bestehen wird.

Die Revolution hat das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der eigenen Kraft gestärkt. Wenn den Arbeitern immer gesagt wurde: Nur Arbeit kann uns retten, dann sage ich: Jawohl, die Arbeiterschaft hat diesen Ruf aufgegriffen, sie verlangt aber, daß am Wiederaufbau oder zerrütteten Wirtschaft alles mitarbeitet. Das Betriebsrätegesetz, das wollen wir hier mit aller Deutlichkeit aussprechen, hat niemand, dem es mit der Vorkämpferrolle der Revolution ernst ist, beizubehalten können. Dessen ungeachtet bringt es uns nicht vorwärts, wenn wir die Bestimmungen des Gesetzes nicht dazu benutzen wollen, die Position der Arbeiterschaft zu stärken. Das Gesetz kann trotz seiner Schwächen das Fundament bilden, auf welchem die Gewerkschaften arbeiten. In engen Anschlag an die Gewerkschaften müssen deshalb die Betriebsräte die ihnen durch das Gesetz zugewiesenen Funktionen ausüben. Schon jetzt kann man sagen, daß die Betriebsräte ein großes Stück Arbeit geleistet haben. Dies trifft auch besonders auf die Schulung der Betriebsräte zu. Seien wir uns darüber klar, daß die Schulung der Betriebsräte die nächste notwendige Arbeit ist, die wir leisten müssen, wenn wir die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische überführen wollen, wenn wir die Leitung der Produktion in die Hand nehmen wollen.

Ueber die Kleinarbeiten, die die Betriebsräte zu leisten haben, dürfen sie niemals die ihnen zugewiesenen historischen Aufgaben vergessen, sie müssen bewußt und planmäßig auf die Verwirklichung des Sozialismus hinarbeiten. Auf die Arbeiten dieses Kongresses schaut das gesamte Inland, aber auch das Ausland. Wenn die Zusammenkunft des Kongresses uns auch nicht in jeder Beziehung befriedigen kann, so glauben wir doch, mit unserem Wahlresultat zu verfahren zu sein, wie es der gegebenen Situation entspricht. Jeder Teilnehmer des Kongresses möge bemüht sein, bestehende Differenzen und Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form zum Austrag zu bringen, nur so wird es möglich sein, positive Arbeit zu leisten. In diesem Sinne heiße ich die anwesenden Delegierten und Gäste aufs herzlichste willkommen.

Grahmann teilt dann mit, daß die Leitung des Kongresses in den Händen des geschäftsführenden Ausschusses bleiben soll, jedoch sollen aus den Reihen der Delegierten zur Ergänzung des Bureaus zwei Vorsitzende und acht Schriftführer gewählt werden.

**Habermeier** (Münchener) beantragt zur Geschäftsordnung, daß das Bureau nur aus Delegierten zusammengesetzt werden soll. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu Vorsitzenden wird Grahmann (Gewerkschaftsbund) und Aufhäuser (Ipa) bestimmt. Von den Delegierten werden Hermann Reinhold (Eisen) und Müller (Münchener) als weitere Vorsitzende und als Schriftführer Förster (Boisdam), Schreiber (Hamburg), Giese (Breslau), Ehlers (Bremen), Kirchmann (Lagendorf), Böder (Hannover), Lang (Stuttgart) und Fräulein Karini Steh (Hamburg) gewählt.

**Kochner** (Merzburger) protestiert gegen die Zusammenkunft des Kongresses und verliest eine längere Erklärung der Opposition.

**Aufhäuser** (Berlin) findet es eigenartig, daß sich schon vor der Tagung des Kongresses eine „Opposition“ gebildet hat, trotzdem noch nicht bekannt sei, in welcher Weise dieser Kongress arbeiten wird. Das von Kochner entworfene Bild beruhe zum großen Teil auf falscher Darstellung, da die angegebenen Zahlen nicht stimmen. Der Vorwurf, daß der Bundesvorstand den Kongress beeinflussen will, weise er als völlig unbegründet zurück. Es liege nicht im Interesse des Kongresses, wenn durch überflüssige Geschäftsordnungsdebatten die Tagung hinausgeschleppt würde. Der Kongress habe dafür zu sorgen, daß die Betriebsräte aktionsfähig gemacht werden. Er wird deshalb darüber zu entscheiden haben, ob die Betriebsräte im engen Kontakt mit den Gewerkschaften arbeiten sollen.

**Grahmann** schlägt vor, sofort eine 21gliedrige Mandatsprüfungskommission einzusetzen. Es wird demgemäß beschlossen.

Der vom Ausschuss vorgelegte Geschäftsordnung stimmt der Kongress ohne Debatte zu.

Grahmann schlägt dann im Auftrage des Ausschusses folgende Tagesordnung vor:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Referent: Rudolf Wissell.
2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. Referent: Dr. Rudolf Hilsberg.
3. Die Aufgaben der Betriebsräte. Referenten: Robert Digmann und Koppel.
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. Referent: Brola.

**Siders** (Düsseldorfer) beantragt in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung und der einklinigen Einberufung des Kongresses zu allen Referaten einen Korrespondenten zuzulassen. Dies lehnt der Kongress mit großer Mehrheit ab, stimmt jedoch einem Antrag Grahmanns zu, zum dritten Punkt der Tagesordnung den ersten Diskussionsreferat eines der Referate an angemessene Redezeit zu gewähren. Weiter wird beschlossen, daß der Kongress erst die beiden Referate Wissell und Hilsberg entgegennimmt und dann über beide Referate gemeinsam diskutiert.

Ein von Schaumburg (Berlin) gestellter Antrag, nur die Delegierten zur Diskussion zuzulassen, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmt der Kongress einem von der Fraktion der

A. B. D. gestellten Antrag einstimmig zu, die in Berlin anwesende Delegation der russischen Gewerkschaften offiziell einzuladen.

Weiter wird beschlossen, daß namens des Kongresses die Regierung ersucht werden soll, die Einreiseerlaubnis für die in Sobotnik festgehaltenen russischen Gewerkschaftsvertreter nach Deutschland zu bekommen.

Der Kongress tritt dann in die eigentliche Tagung ein und es bekommt zu seinem Referat

## Wissell

das Wort.

Einleitend bemerkte Wissell, daß er kein parteipolitisches Referat halten wolle, wie von einigen Seiten befürchtet worden ist. Ich stehe ja in keiner Parteierklärung und werde mich deshalb bemühen, eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage zu geben, gegen die keiner etwas sagen kann. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat einen Tiefstand erreicht, wie wir in unseren trübsten Erwartungen es niemals vorausgesehen haben. Die augenblickliche Lage unserer Volksernährung befindet sich in einem beängstigenden Zustand. Die Ursachen dazu sind mannigfaltiger Natur. Die landwirtschaftlichen Uebersehungsgebiete sind durch den Friedensvertrag verloren gegangen. Die uns verbleibenden Anbauflächen haben einen großen Prozentsatz ihrer Ertragsfähigkeit durch schlechte Bearbeitung, ganz besonders auch durch Mangel an den notwendigen Düngemitteln eingebüßt. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Ernährung drängt sich unsere Besorgnis zusammen, sondern auch die Beschaffung von Rohstoffen und die Bezahlung derselben bringen uns in bange Sorge. Die Textil- und Eisenindustrie ist von einem chronischen Rohstoffmangel betroffen. Im Frieden hat Deutschland 48 Millionen Tonnen Eisenerze verbraucht. Davon haben wir 38 Millionen Tonnen im eigenen Lande gewonnen, nur 10 Millionen aus dem Auslande eingeführt. Durch den Rückgang der Produktion und durch die verlorengegangenen Gebiete wird es kaum möglich sein, selbst wenn wir unsere Produktion im laufenden Jahre um 50 Prozent steigern könnten, mehr als viereinhalb Millionen Tonnen Rohstoffe zu gewinnen. Wenn wir im vorfliegenden Jahre noch sechseinhalb Millionen Tonnen verarbeiten könnten, so war es dem Umstand zuzuschreiben, daß wir das aus dem Krieg zurückgebliebene Eisengerät (Granaten usw.) verwertet haben. Wir sind also gezwungen, Erze einzuführen, aber wir müssen sie bezahlen. Bei unserer zerrütteten Finanzwirtschaft, bei dem Tiefstand der Valuta wird uns das jedoch zur Unmöglichkeit. Bei Ausbruch der Revolution waren wir noch im Besitz von zweieinhalb Milliarden Goldmark. Im letzten Jahre haben wir eineinhalb Milliarden Goldmark für Einfuhren aus dem Auslande bezahlt. Die Entnahme der Rohprodukte auf Kredit ist uns nur möglich, wenn wir uns von dem Auslande bewahren lassen. Wenn das Ausland unser Papiergeld annimmt, und uns dafür Waren liefert, so verzehren wir schon jetzt, was wir erst später erzeugen sollen. Da dieser Zustand auf die Dauer ein untragbarer ist, muß unsere Wirtschaftsform ausgebaut und umgestaltet werden. Trotzdem müssen wir uns schon heute darüber klar sein, daß in Deutschland noch lange Jahre hindurch Schmaltens Ruchmehl sein wird.

Wissell ging dann auf die Finanznöte des Deutschen Reiches ein. Wir haben jetzt insgesamt etwa 300 Milliarden Reichsmark. Dazu kommen die Staats- und Kommunalverschuldungen. Dazu kommt weiter die Verpflichtungen, die wir im Versailles Friedensvertrage übernommen haben. Wenn wir bezahlen, so können wir nur mit Waren bezahlen. Wenn man bezahlt, daß wir 1911, wo wir auf der Höhe unserer industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung standen, für etwa 13 Milliarden eingeführt haben, wozu 10 Milliarden durch Ausfuhr und die restierenden drei Milliarden durch unsere Flotte und unsere Kolonien gedeckt wurden, so würde der gleiche Einfuhrbedarf, der aber in Wirklichkeit viel höher ist, jetzt verdoppelt werden, da die Wertierung der Ausfuhrwaren mit 100 Prozent nicht zu hoch eingeschätzt ist. Diese 22 Milliarden müßten aber in Goldmark gezahlt werden, was nach Umrechnung der Valuta etwa 200 Milliarden Papiermark betragen würde. Wenn wir also nur soviel einführen wollten, als 1911 unbedingt notwendig war, und der notwendige Bedarf ist doch jetzt ein bedeutend höherer, so müßten wir jetzt dafür statt 11 Milliarden 300 Milliarden zahlen.

Aus diesen kleinen Proben ist zu ersehen, daß es eine Unmöglichkeit ist, auf der Weise, wie bisher von der Regierung nach der Liquidierung des Krieges gewirtschaftet worden ist, weiter zu wirtschaften. Wir müßten es erleben, daß der Krieg, der große Ströme roten warmen Menschenblutes fliessen, auf der anderen Seite im Inlande einen gleichenden Strom Goldes den Kriegsgewinnern zuließen ließe.

Diese Grundzüge der doppelten Moral haben zwar dazu geführt, das Schicksal des Krieges zu bestreiten, können aber niemals dazu führen, unser Wirtschaftsleben wieder in den Gang zu bringen. Es geht nicht an, daß in diesem zerrütteten Wirtschaftszustand nach wie vor unnötige Waren aus dem Auslande eingeführt werden, nur um die Taschen der Kapitalisten, die Taschen der Schieber zu füllen. Es sind die Folgen dieses kapitalistischen Prinzips, daß wir im Auslande für eine Tonne Weizen, die im Inlande 700 Mark kostet, 9000 Mark zahlen müssen. Und doch sind es die Träger dieses Systems, die den Arbeitern die hohen Löhne vorwerfen. Je höher die Exportpreise steigen, um so mehr sinkt die Kaufkraft unseres Geldes, um so weniger ist es den Arbeitern möglich, auch nur ihren notwendigen Bedarf zu decken. Leider hat die Arbeiterschaft allgemein sehr wenig Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse. Das zeigt sich besonders in den von den Unternehmern eingereichten Petitionen auf Abschaffung der Ausfuhrabgabe, die sehr häufig

Wissell weist dann auf einen Artikel in der Betriebsrätezeitung von Walter Rathenau hin, in welchem dieser nachweist, daß die Löhne der Arbeiter in Amerika um das Sechsfache höher sind als in Deutschland. Wenn wir also erkannt haben, daß in unserem Produktionsprozess schwere organisatorische Mängel vorherrschen, so haben wir als Sozialisten die dringende Aufgabe, zu erkennen, daß wir andere, bessere Wirtschaftsformen brauchen. Unsere heutige Wirtschaft ist unfähig, die Probleme zu lösen, die uns der Krieg aufgebürdet hat. Schon jetzt dümmert es in gewissen Kreisen, daß die freie Wirtschaft nicht dazu führen kann, das Elend zu überwinden und unsere Volkswirtschaft zu heben. Aber auch die Bestimmungen über die Produktionsform und -Art dürfen nicht den Kapitalisten überlassen bleiben. Wenn den Arbeitern immer gesagt wurde, daß uns nur Arbeit retten könne, so müssen wir jetzt erleben, daß Betriebe über Betriebe geschlossen werden, trotzdem Rohstoffe und Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind. Unsere Forderung auf Kontrolle der Betriebe, auf Kontrolle der Preisfestsetzung und besonders der Unternehmensgewinne sind nur dann sehr berechtigt. Hier muß der Betriebsrat einsehen, hier liegt das Arbeitsgebiet der Betriebsräte. Um diese Tätigkeit wirksam auszuführen, ist eine Schulung in durchgreifender Form für alle Betriebsräte erforderlich.

Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, daß die Betriebsräte das Elend unserer heutigen Wirtschaftslage in seiner ganzen Ausdehnung kennen lernen, damit sie daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen können. Nur von großen Gesichtspunkten dürfen sich die Betriebsräte in ihrem Handeln leiten lassen. Es ist Aufgabe des Kongresses, die notwendigen Grundlagen und Richtlinien zur Umgestaltung unserer Wirtschaftsform zu schaffen. (Beifall.) Darauf trat die Mittagspause ein.

# Die Verstaatlichung des Hebammenwesens

(Auszug aus der Rede des Genossen Dr. Wenzl in der Sitzung der preussischen Landesversammlung vom 30. September.)

Meine Fraktion beantragt im Gegensatz zum Vorredner Ueberwindung des Gehehenswunsches an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Dort sitzen seine Väter und zugleich die Sachverständigen. Fragen elaisrechtlicher und finanzieller Art dürfen nur eine sekundäre Rolle spielen. Alle Parteien sollten einzig sein in dem Bestreben, den Entwurf so schnell wie möglich Gesetz werden zu lassen. Es sind Kräfte am Werk, die das Gesetz verhindern wollen, vor allem die Bureaucraten, denen das Gesetz nicht behagt, weil dadurch der erste Schritt in der Richtung des sozialdemokratischen Programms auf Verstaatlichung der Gesundheitspflege unternommen wird.

Meine Partei begrüßt die Vorlage der Regierung, weil wir der Meinung sind, daß die Hebammen Beamten-eigen-schaft erhalten müssen, wenn sie ihrer schweren, verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sein sollen. Nur dadurch werden sie in jedem Falle den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewachsen sein, werden sie sich mit allen erforderlichen Kenntnissen versehen können, die notwendig sind, um den Müttern des Volkes erfolgreich beizustehen. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Und was der Hebamme recht ist, muß dem Arzt billig sein. Wir werden fortfahren, die Beamten-eigen-schaft auch für den Arzt zu fordern.

In einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der die Folgen des stichwürgigen und verhängnisvollen Krieges Millionen und Abermillionen zugrunde richten, muß der Wiederaufbau des Volkes mit allen Mitteln betrieben werden, auch dadurch, daß man den Frauen des Volkes ihre Aufgabe der Fortpflanzung möglichst gefahrlos gestattet. Im voraus muß natürlich betont werden, daß die allerwichtigste Voraussetzung für die Steigerung der Geburten die Hebung der wirtschaftlichen Lage der breiten Schichten des Volkes ist. Erst wenn die Familie wirtschaftlich so gestellt ist, daß sie sorglos zu leben vermag, wird auch bei den Frauen die Keimung, Kinder zu gebären, wieder stärker werden. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Wenn der Arzt zu der Frage der Verstaatlichung des Hebammenwesens Stellung nimmt, muß er den Grundlag aufstellen, daß keine Frau, die gesund in die Geburt eingetreten ist, unter der Geburt stirbt und auch kein gesund und lebensfähig geborenes Kind im Kindbett stirbt. Wesentliche Maßnahmen, die diesen Zustand sichern, darf und muß das Volk verlangen. (Beifall b. d. U. S.) Die Sterblichkeit von gebärenden Müttern im Wochenbett ist im Augenblick außerordentlich hoch. In einem Jahre sterben nach Angabe eines Sachverständigen bei etwa 1 1/2 Millionen Geburten 15 000 Frauen im Wochenbett, davon etwa die Hälfte am Kindbettfieber. (Hört, hört! b. d. U. S.) Unsere Aufgabe sollte es sein, diese Opfer vollkommen unmöglich zu machen. 40 000 Kinder sterben außerdem jährlich in Deutschland an den Folgen der Geburt. (Hört, hört!) Auch diese Kinder wären zu retten. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Im Hinblick auf diese schwierigen Verhältnisse ist der Gehehenswunsches zu begrüßen. Er stellt eine gute Arbeit dar, deren beste Teile allerdings aus dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik stammen. (Zuruf: Eigenlob!) Ich bin nicht der Ausschuss für Bevölkerungspolitik! Ich gestehe sonderweise zu, daß die Mitglieder aller Parteien im Ausschuss an dem Zustandekommen des Gesetzes eifrig mitgearbeitet haben. Wenn Sie jedoch saaten wollen, daß der Vertreter der Unabhängigen Partei eine Reihe von Anträgen gestellt hat, die vom Ausschuss unterstützt und auch zur Durchführung gelangt sind, so bin ich Ihnen dankbar dafür, daß Sie mich durch Zwischenrufe veranlaßt haben, das hier ausdrücklich hervorzuheben.

In welcher Richtung wird nun unsere Arbeit im Ausschuss gehen müssen, um den Entwurf so zu gestalten, daß er uns wirklich Freude macht? Das Wesentlichste ist, daß die Hebamme unter keinen Umständen eine irgendwie geartete Entschädigung für ihre Tätigkeit aus der Hand der Mutter entgegennehmen darf. Von den Köten der Bezahlung hängt es in der Regel ab, ob eine Frau gut oder schlecht ist. Aber das Mindesteinkommen von 3000 Mk. und nach 15-jähriger Tätigkeit 5500 Mk. ist nicht zum Lebensunterhalt ausreichend. (Zustimmung b. d. U. S. — Zuruf rechts: Die armen Kreise!) Die armen Kreise! Denken Sie, wir denken an die arme Mutter! Wenn es arme Kreise gibt, müssen sie aus Staatsmitteln unterstützt werden, damit eine Mutter, die in einem armen Kreise wohnt, nicht schlechter gestellt ist, wie die in einem reichen Kreise wohnende Mutter. Das Geld, das für diese Zwecke ausgegeben wird, ist merkwürdig Kapital und bringt Zins- und Anzinsen. Das Geld, das Sie auf diesem Gebiete sparen, müssen Sie später für Armonunterstützung, Krankenhäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser ausgeben. (Zustimmung b. d. U. S.)

Wir werden uns Mühe geben, den Gehehenswunsches so auszugestalten, daß er unsere Unterstützung und Anerkennung finden kann. Dazu ist unbedingt notwendig, daß in der Tat jede Mutter unentgeltlich eine bequeme Hebammenhilfe in ihrer schwersten Stunde findet. Dadurch wird auch, wenigstens zu einem geringen Teil, die Keimung der Mütter, Kinder in die Welt zu setzen, gefördert. Die Geldfrage darf keine Rolle spielen. Wenn innerhalb von 10 Jahren über Milliarden zur Stelle waren, um den Krieg zu finanzieren, dann werden auch beiseitige Millionen zur Verfügung stehen, um volkswirtschaftlich und menschenfreundlich Mutter- und Kindesleben herbeizuführen. Mein hier in Preußen — ich erwähnte das schon vorhin — sind an Erwerbszulagen für die evangelischen und katholischen Geistlichen 127 Millionen Mark das Jahr ausbezahlt worden. Auch hiervon würde ein beschränkter Bruchteil in Betracht sein, die Hebammenfrage in dem von mir beschriebenen Sinne der Lösung näher zu bringen. Denken Sie ferner an die Hunderte von Millionen, die man beabsichtigt, dem Cohenzollerhaus als Abfindung zur Verfügung zu stellen. Also Geldfragen dürfen und brauchen keine wesentliche Rolle zu spielen. Wenn man nur den guten Willen hat, dann steht Geld für diese Dinge zur Verfügung. (Beif. Beifall bei den U. S.)

# Die Stellung der Organisationen

## Mecklenburg

Der Landesparteitag der U. S. P. für beide Mecklenburg in Bülkow nahm am Sonntag, den 8. Oktober, nach Referaten der Genossen Adolph Hoffmann-Berlin und Rubin-Schwerin zu den Anschließungsbedingungen Stellung. Nach lebhafter Aussprache wurde ein Antrag, den Anschlag an die dritte Internationale unter Anerkennung der 21 Bedingungen zu vollziehen, mit 37 gegen 9 Stimmen angenommen.

Einstimmig angenommen wurde eine Protestresolution gegen die skandalöse Unterdrückung und Behandlung der russischen Internierten im Kriegsgefangenenlager Pachtim i. Meckl., die hungern müssen. Der Bezirksvorstand soll sofort mit einer Sammel-tätigkeit einsehen.

## Nordhausen

In einer Kreisgeneralversammlung des Arbeitsgebietes 9 Groß-Thüringen (Nordhausen, Nordis, Weid) wurde zu den Moskauer Bedingungen Stellung genommen. Genosse Geitzner-Götha sprach für und Parteisekretär Genosse Scholz-Erfurt gegen die Annahme der Bedingungen. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurden die Moskauer Bedingungen mit großer Majorität abgelehnt und eine Resolution angenommen, in der es heißt:



Die von dem 2. Kongress der 3. Internationale aufgestellten 21 Bedingungen sind in ihrer Gesamtheit und in vielen Einzelheiten nicht geeignet, den notwendigen Zwängen zu dienen, zu denen sich das deutsche Proletariat mit den revolutionären Parteien der übrigen Länder zusammenschließen muß; sie sind auch nicht geeignet, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die notwendige Entfaltung und Steigerung der im revolutionären Proletariat schlummernden Kräfte zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Generalsammlung von Ost-Thüringen wird nach einem Referat des Genossen Rosenfeld-Berlin und einem Referat von B. W. H. Halle mit 146 gegen 33 Stimmen eine Resolution annehmen, die erklärt, daß in den Aufnahmebedingungen nicht die geeignete Grundlage erblickt werden kann, um einen umfassenden internationalen Zusammenschluß herbeizuführen, weil die Verschiedenartigkeit der einzelnen Länder darin nicht genügend berücksichtigt ist und durch Festschließung der Selbständigkeit der Bewegung in den verschiedenen Ländern die nötige Aktionfreiheit genommen wird. Die Resolution spricht sich ferner für die Schaffung eines strafferen Organisationswesens innerhalb der Partei und für Änderung des Organisationsstatuts aus. Auf Grund dieses Statuts sollen dann erneut Verhandlungen mit der 3. Internationale aufgenommen werden. Die Abstimmung über das Fik und W. der Bedingungen habe durch Uraufstimmung zu erfolgen.

### Ost-Thüringen

Auf der Gebiets-Generalsammlung von Ost-Thüringen wurde nach einem Referat des Genossen Rosenfeld-Berlin und einem Referat von B. W. H. Halle mit 146 gegen 33 Stimmen eine Resolution angenommen, die erklärt, daß in den Aufnahmebedingungen nicht die geeignete Grundlage erblickt werden kann, um einen umfassenden internationalen Zusammenschluß herbeizuführen, weil die Verschiedenartigkeit der einzelnen Länder darin nicht genügend berücksichtigt ist und durch Festschließung der Selbständigkeit der Bewegung in den verschiedenen Ländern die nötige Aktionfreiheit genommen wird. Die Resolution spricht sich ferner für die Schaffung eines strafferen Organisationswesens innerhalb der Partei und für Änderung des Organisationsstatuts aus. Auf Grund dieses Statuts sollen dann erneut Verhandlungen mit der 3. Internationale aufgenommen werden. Die Abstimmung über das Fik und W. der Bedingungen habe durch Uraufstimmung zu erfolgen.

### Schmalladen

Auf der Delegierten-Versammlung des Wahlbezirks Schmalladen referierte Pappenheim-Schmalladen gegen Schnepfer-Entwurf für die Annahme der Bedingungen. Die Diskussion war außerordentlich scharf und ausgiebig. Es waren zwei Resolutionen eingebracht, von denen sich die eine für, die andere gegen die Annahme der Bedingungen ausspricht. In geheim abgestimmter Abstimmung wurde eine Entscheidung nicht erzielt. Jede der beiden Resolutionen erhielt 29 Stimmen.

### Freiburg in Sachsen

Die außerordentliche Kreisversammlung, die sich mit der Internationale und dem Parteitag befaßte, entschied sich mit überwältigender Mehrheit gegen die Moskauer Bedingungen. Nur acht Genossen stimmten dafür.

### Oberbayern

Am 4. Oktober taute in München die Kreisversammlung der U. S. V. für Oberbayern. Sie entschied sich mit 44 gegen 12 Stimmen für die Annahme der Anschlussbedingungen der dritten Internationale.

## Meinungsfreiheit verboten!

Trotz aller Ermahnungen, die Debatte über den Anschluß an die Kommunistische Internationale sachlich zu führen und die meiste Redefreiheit zu gewähren, kommen aus vielen Orten Nachrichten, daß Gegner des Anschlusses das Reden erschwert und in manchen Fällen unmöglich gemacht wird. Einen Rekord in dieser Beziehung hat sicher der Ortsverein Altona erzielt. Hier tagte im September eine Mitglieder-Versammlung, die sich mit der Anschlussfrage beschäftigte. Nach einem mehr als zweistündigen Referat, das durch seine Länge schon von vornherein die Diskussionsmöglichkeit einengte, folgte die „freie Aussprache“ ein. Ein Korreferent war von der Leitung nicht gestellt worden. Trotzdem der Referent durch eine Reihe demagogischer Seitenhiebe auf den „rechten“ Flügel der Partei die nötige Stimmung erzeugt hatte, war es dem ersten Diskussionsredner, der gegen den bedingungslosen Anschluß sprach, noch leicht möglich, sich verständlich zu machen. Bei der Rede des nächsten Anschlaggegners nahmen die Zwischenrufe und die allgemeine Unruhe immer mehr zu. Ein schallendes Gelächter brach aus, als ein Versammlungsteilnehmer einen Blumenkopp auf das Rednerpult stellte. Der Vorsitzende machte keine Miene, dem Redner das Wort entzogen. Ein Antrag auf Urabstimmung wurde mit Hochgeschwindigkeit angenommen. Bezeichnend für die geistige Verwirrung war, daß selbst der auf dem linken Flügel stehende Bezirkssekretär Behring, der sich für die Meinungsfreiheit einsetzte, mit Hinauswurf bedroht wurde. Die anständig empfindenden Genossen verließen vorzeitig mit Entrüstung die Versammlung. Bei manchem Mitalied tauchte der Gedanke auf, daß der Vorsitzende die Maßnahmen begünstigte, zumal er in der vorhergehenden Versammlung sich geduldet hat: „Ob die Rechte zu Wort kommen, hängt von meiner Gnade ab.“ So tief bedauerlich und beschämend diese Vorkommnisse sind, sie müssen öffentlich zur Sprache gebracht werden, um den Wert mancher Versammlungsentscheidungen, die oft marxistisch-falsch ausgefallen sind, in das richtige Licht zu setzen. Es zeigen auch, warum gewisse Orte eine große Scheu vor der Urwahl haben.

## Wieder eine „Rote Armee“

Durch die Unvorsichtigkeit des Geschäftsführers der Organisation Eberich für die Provinz Sachsen und Anhalt, der seine Aftenmappe verlor, erhält die Öffentlichkeit abermals Kunde von der deutschen „Roten Armee“. Diesmal besteht sie nach dem Spiegelmuster der Eberichs aus 245 000 Kolbargdrüsen mit (genau) 5000 Gewehren, 40 Maschinengewehren, 12 Revolverkanonen, 5000 Handgranaten, 6000 Pistolen und (ausgerechnet) 140 000 Schuß Infanteriemunition. Sie ist eingeteilt in 10 Kommandos. Leider wird nicht gesagt, wie diese und die 245 000 Mann sich in die Waffen teilen oder ob jede Gruppe sie abwechselnd auf längere oder kürzere Zeit wärmt.

Durch das vorzeitige Bekanntwerden dieser famosen neuen Phantastik der reaktionären Todspiegel geht leider der Rechtspreffe wieder ein sehr schönes Geheimmaterial verloren. Wie schade!

## Aus der Partei

### An die Parteitagdelegierten Berlin-Stadt

Das Berliner Parteibüro hat unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung des Halle'schen Parteivorstandes in der Nr. 418 der „Freiheit“ vom Dienstag, den 5. Oktober, die Namen und Adressen der Berliner Delegierten an die Adresse des Genossen Karl Reimann, Halle a. S., gestellt. Persönliche Wünsche in Bezug auf Unterkunft und Verpflegung wollen die Delegierten selbst dem Vorsitzenden der Halle'scher Lokalkommission zustellen.

Beamten in Belgien. Eine durch die Gewerkschaften der Eisenbahn-, Post-, Telefon- und Telegraphen-Angestellten einberufene Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Einführung des Achtstundentages verlangt wird, widrigenfalls das Personal in den Streik treten würde.

## Gewerkschaftliches

### Lohnbewegung der kaufmännischen Angestellten im Fleischergewerbe

Seit 20. Mai 1920 bemühen sich die Angestellten im Fleischergewerbe um den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Arbeitgeberverband für das Fleischergewerbe und der Berliner Fleischerinnung. Die Arbeitgeber haben dauernd die Verhandlungen sabotiert, indem die Vorstandsmitglieder entweder ohne Vollmachten oder mit mangelhaften Vollmachten zur Verhandlung erschienen sind. Am 16. Juni schloß man mit dem deutschen Fleischer-Verband, Abt. Verkäuferinnen, einen Tarifvertrag ab, welcher Gehälter von monatlich im ersten Halbjahre von 60 Mark, im zweiten Halbjahre 110 Mark und nach 1jähriger Tätigkeit 160 Mark vorsah.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat sich in mehreren Terminen mit dieser Angelegenheit beschäftigt. In der Verhandlung am 9. September wurden wir aufgefordert diesem Musterarif beizutreten. Wir haben dies Ansuchen energisch zurückgewiesen und der Schlichtungsausschuß hat dann einen Schiedsrichter bestellt. Die Arbeitgeber haben uns gleichfalls in einer Verhandlung am 29. September eingeladen. Wir akzeptierten annehmen zu dürfen, daß die Arbeitgeber ernstlich gewillt sind, mit uns zu verhandeln. Wir haben uns aber in dieser Beziehung getäuelt. Als wir zur Verhandlung erschienen, fanden wir vor verschlossenen Türen. Eine solche Unanständigkeit ist uns bisher noch nicht vorgekommen. Wir glauben, daß die Konventionen von Berlin ein Interesse daran haben, daß auch bei den Herrn Fleischermeistern einmal geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Wir weisen schon heute darauf hin. Sollten die Arbeitgeber von ihrem ablehnenden Standpunkt nicht unverzüglich Abstand nehmen, so würden wir uns veranlaßt sehen, mit den Fleischerangehörigen gemeinsam den Streik für das gesamte Fleischergewerbe zu veranlassen. Wir hoffen, daß die Konventionen uns in diesem Kampfe unterstützen werden. Vorkunst über den Stand der Verhandlungen erteilt der Zentralverband der Knorrstellen, Reichstraße 17, Belle-Alliance-Straße 7/10, Zentralverband der Fleischer, Abt. Ladengehelfen, Ellendammstraße 11.

### Zum Streik der Angestellten der Handels- und Kassen-Gesellschaften

Anfolge des hartnäckigen Widerstandes der Direktion und des Arbeitgeberverbandes (Syndikus Dr. Engel) werden die Angestellten gezwungen, weiter zu streiken. In einem von uns wegen einberufenen Termin vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte derselbe einen Beschluß gefaßt, der dahin ging, die Parteien unter Aufstellung von 8 Punkten zu verpflichten, bis zum 2. Oktober abends zu einem Ergebnis zu kommen. Die Direktion hat sich an die vom Schlichtungsausschuß aufgestellten Punkte nicht gehalten, und haben daher die Angestellten beschlossen, es dem Schlichtungsausschuß anheimzustellen, einen neuen Termin anzuberaumen. Das letzte Angebot der Firma Spottel jeder Beschreibung. Während bei den Verhandlungen vor dem Streik wenigstens zum Teil schon seitens der Firma eine Aufbesserung der Gehälter zugestanden worden war, geht die Firma jetzt daran, Vorschläge zu machen, die einem Lohnrückgang gleichkommen. Verheiratete Angestellte, die monatlich 350, 650 und 700 M. erhalten, würden durch das neue Angebot der Firma nicht nur keine Aufbesserung ihrer Gehälter erfahren, sondern sie müßten sich mit einem Abzug einverstanden erklären. Neuerdings hat die Direktion, um die streikende Kollegenchaft niederzurängen, die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen, und die Beamten der Sipo leisten diesem Verlangen der Firma glänzende Folge, indem sie alle Streikbrecher in das Geschäftsfloß hineinbeselzen. Von dem Streikposten darauf aufmerksam gemacht, daß etwas Derartiges nicht im Interesse der Polizei sein könne, erklärten die Sipoleute, daß Befehl bestünde, alle Arbeitswilligen zu schützen. Wir wollen nicht untergehen, ob dieser Befehl tatsächlich besteht, müssen es aber ablehnen, die Verantwortung für irgend welche Folgen vor dem Geschäftsfloß zu übernehmen. Die Erregung der Angestellten, die seit dem 16. 9. sich im Kampfe befinden, steigert sich beträchtlichermaßen von Tag zu Tag, und durch das Dazwischentreten der Sipo dürfte sie keineswegs schwächer werden. Die Angestellten werden sich ihr Sozialrecht durch die Einzelnen nicht schmälern lassen, und nach wie vor werden die Streikposten sich die Freiheit erlauben, Streikbrecher auf das Angehörige ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen. Wenn es dabei zu unliebsamen Dingen kommt, so trägt einzig und allein die Direktion und namentlich der Arbeitgeberverband die Schuld. Kollegeninnen und Kollegen, laßt jede Arbeit bei obengenannter Firma ab. Zentralverband der Angestellten, Hochgr. 17.

### Konferenz der Gemeinde- und Gemeindeverbandsangestellten

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet für die ihm angeschlossenen Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände am 10. und 11. Oktober d. J. in Radeburg, Kaiserstr. 15 (Reichsbahn) eine Konferenz. Auf dieser Konferenz wird der vom Arbeitgeberverband deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände vorgelegte Entwurf eines Tarifvertrages für die gemeindlichen Angestellten mit zur Beratung gestellt.

**Diebstahl im Stolner Wäldchen.** Heute mittags wurde durch Spaziergänger im Stolner Wäldchen in der Nähe von Hülshofsee die Leiche einer weiblichen Person und ein bemerklicher Mann angetroffen. Es gelang, den Mann, der einen Schuh in die Schläfe aufwies, aus seiner Ohnmacht wieder zu erwecken. Seinen Aussagen nach ist er der 34jährige Arbeiter Kaiser Otto aus der Kolliner Straße in Berlin, der gemeinsam mit seiner Braut Gertrud Lwinz den Plan gefaßt hatte, aus dem Leben zu scheiden, weil die Eltern des jungen Mädchens sich einer ehelichen Verbindung der beiden jungen Leute entgegensetzten. Seine Braut habe sich zuerst durch einen Schuh in die Schläfe gelehrt, worauf er die Waffe gegen sich selbst richtete. Der Schwerverwundete wurde durch Vermittlung des Rettungsamtes sofort in das Wichowrankenhaus eingeliefert. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

## Groß-Berlin

### Arbeiter-Bildungs-Schule U.S.V.

Stadtverordnete, Bezirksvorsteher und Kommunale Kommissionen. Heute abend, 7 Uhr, in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inhabitz, Vortrag der Genossin Klara West über: Wohlfahrt und Fürsorge.

### Die neuen Berliner Landtagswahlkreise

Bei den kommenden Wahlen für die Preussische Landesversammlung bildet die neue Gemeinde Berlin einen sogenannten Verbandswahlbezirk, der aus 7 Berliner Wahlkreisen besteht. Nur zwei von diesen Wahlkreisen: das „Halle'sche Tor“ und das „Brenzlauer Tor“, sind reine Berliner Wahlkreise, zwei andere sind nur aus Vorortgemeinden zusammengesetzt, während die übrigen aus Teilen von Berlin und den Vororten gebildet werden. Jeder dieser 7 Wahlkreise erhält einen eigenen Wahlkommissar als Leiter. Dieser ist selbständig unter der Oberleitung

des Oberbürgermeisters. Bei der engen Zusammengehörigkeit der einzelnen Wahlkreise ist ein gemeinsames Zusammenarbeiten der Wahlkreise, Uebereinstimmung in den Anordnungen, der Festsetzung der Wahlzeiten etc., unbedingt erforderlich für ein reibungsloses Wahlgeld und für eine glatte Abwicklung der Wahlen in Groß-Berlin.

### Ohne Licht und Strom

Berlin ist gestern in überraschender Weise von einem Streik der Elektrizitätswärker betroffen worden, dessen Ursachen bis zur Stunde wenig geklärt sind. Durch den Streik ist ein großer Teil des Berliner Straßenbahnverkehrs lahmgelegt worden. Die Einstellung der Arbeiten im Kraftwerk Moabit erfolgte so plötzlich, daß die Straßenbahnwagen in Moabit auf den Straßen stehen bleiben mußten, ohne da jedes Personal die Möglichkeit hatte, die Züge wenigstens in die Bahnhöfe zu bringen. Die großen Geschäftshäuser wurden von dem Lichtstreik in der allerungünstigsten Weise überrascht. Sie mußten ihre Geschäfte mit Einbruch der Dunkelheit schleunigst schließen. Die Kraftwerke Siemens und Charlottenburg arbeiteten weiter, so daß die Direktion der Straßenbahn wenigstens den Verkehr nach dem Westen aufrecht erhalten konnte.

Wie wir hören, handelt es sich um die Dauer der Arbeitszeit der Heizer. Heute sollen Verhandlungen stattfinden.

Eine ausgedehnte Verkehrskörnung entstand am Dienstag nachmittags durch elektrischen Kurzschluss und Durchschmoren eines Stromzuführungsabels der elektrischen Zentrale Markgrafstraße. Der Kabelbrand dauerte etwa 3 Minuten und zerstörte die Leitung an der Ecke der Markgrafstraße, Gendarmenmarkt und Französischer Straße. Die Straßenbahn durch den Vindentunnel, in der Französischen Straße usw. konnten längere Zeit nur teilweise oder gar nicht verkehren. Hunderte von Wagen standen still, andere mußten umgeleitet werden.

Proletarisches Theater. Donnerstag, den 7. Oktober, abend 7 Uhr, im Jugendheim, Königsberger Str. 7. Mit Mitgliedern und Freunde des Proletarischen Theaters Vorlesung und Besprechung des Stückes für den Monat November.

Die weibliche Schule in Oberhenneweide wird zur Ta'sache trotz der Gegenagitation aller derer, die vorzehen, Krömmigkeit und Christentum in Erbschaft genommen zu haben. Nach Erteilung der Genehmigung des Ministers zur Einrichtung der Schule sind die technischen Vorarbeiten durch die freiwilligen Mitarbeiter verschiedener Lehrpersonen soweit geendert, daß nach Ablauf der Herbstferien der Schulbetrieb aufgenommen werden kann.

Auf die an die Eltern ernommene Umfrage sind 830 Kinder zur Teilnahme gemeldet. Da schon mit einer Pünktigkeit von 19 Klassen gerechnet ist, kommt zunächst die neue 5. Gemeindeschule in der Kaiserstraße für die Unterbringung in Frage, um nicht mit fliegenden Klassen zu arbeiten. Hinzu kommt, daß der größte Teil der gemeldeten Schüler in dem der Schule nächstgelegenen Ortsteil wohnt. In anerkanntem Maße haben sich auf eine Umfrage die geeigneten Lehrkräfte freiwillig zur Verfügung gestellt. Zur Leitung hat die Schuldeputation den Rektor Peremann bestellt.

Im Interesse der Sache erucht an die Eltern die Bitte, mit einer etwaigen kleinen Unbequemlichkeit still zu nehmen. Aufgabe aller freibewilligten Genannten muß es sein, durch rechte Aktion für diese Schule es dahin zu bringen, daß die Schulverwaltung recht bald vor die Aufgabe gestellt wird, eine zweite Schule zu eröffnen. Hier bietet sich auch den Elternbeiträgen ein recht dankbares Tätigkeitsfeld. Es erucht auch an die Eltern der jetzt schulpflichtig gewordenen Kinder die Mahnung, noch umgehend ihre Kinder für diese Schule vorzumelden.

Allen Laien und Kenntnissen möge dieser Erlaß des treu zu seinen Idealen lebenden Teiles der Einwohnerschaft ein Ansporn zur Nachahmung sein, damit endlich einmal der Weg frei werde für die hohen Aufgaben der Schule unter Kernhaltung aller Bestrebungen zur Verminderung unserer Jugend.

## Aus den Organisationen

- 16. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 6. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 17. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Donnerstag, 7. Okt., bei Kiefer, Dönhofsstr. 21, wichtige Angelegenheiten.
- 18. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Freitag, den 7. Oktober, abend 7 Uhr, Vollversammlung der Partei, 17. Hochgr. 17, wichtige Angelegenheiten.
- 19. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Samstag, den 8. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 20. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Sonntag, den 9. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 21. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 10. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 22. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 11. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 23. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 12. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 24. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Donnerstag, den 13. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 25. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Freitag, den 14. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 26. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Samstag, den 15. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 27. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Sonntag, den 16. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 28. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 17. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 29. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 18. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 30. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 19. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.

## Bereinskalender

- 1. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 1. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 2. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 2. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 3. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 3. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 4. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Donnerstag, den 4. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 5. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Freitag, den 5. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 6. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Samstag, den 6. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 7. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Sonntag, den 7. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 8. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 8. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 9. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 9. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 10. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 10. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 11. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Donnerstag, den 11. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 12. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Freitag, den 12. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 13. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Samstag, den 13. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 14. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Sonntag, den 14. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 15. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 15. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 16. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 16. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 17. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 17. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 18. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Donnerstag, den 18. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 19. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Freitag, den 19. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 20. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Samstag, den 20. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 21. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Sonntag, den 21. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 22. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 22. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 23. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 23. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 24. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 24. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 25. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Donnerstag, den 25. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 26. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Freitag, den 26. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 27. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Samstag, den 27. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 28. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Sonntag, den 28. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 29. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Montag, den 29. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.
- 30. Okt. 1. 2. und 3. Abteilung am Dienstag, den 30. Oktober, abend 7 Uhr, Sitzung der Kommission für Wohnungs- und Erbschaftsangelegenheiten bei Walter, Dönhofsstr. 21.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebsch, Berlin-Friedrichsberg, Postfach 10. Für den Verleger: Ewald Konze, Berlin, Postfach 10. Druck: „Freiheit“, Dönhofsstr. 21, Berlin C. 2, Berlin Straße 9/10.